

Kanonen statt Butter – Merz' Marschbefehl in die deutsche Kriegstüchtigkeit

5 Mai 2026 06:40 Uhr

Neuste Verschwörungstheorie: Wiederholt die Merz-Regierung die Logik der NS-Kriegswirtschaft – nur diesmal unter dem Deckmantel von "Zeitenwende" und demokratischer "Kriegstüchtigkeit"?



© urheberrechtlich geschützt

Goebbels und seine "Kriegstüchtigen" im Jahre 1944: Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda begrüßt eine Delegation Wehrmachtsangehöriger, die aus dem Kessel von Tscherkassy entkommen waren.

Von Rainer Rupp

Friedrich Merz hat das Ende des "zu komfortablen Lebens" für die Deutschen ausgerufen. Im *Spiegel*-Gespräch, das am 29. April 2026 erschien, hält der unbeliebteste Bundeskanzler seit der Wiedervereinigung einen Vortrag voller elitärer Vorwürfe. Die Deutschen sollen endlich Abschied vom Sozialstaat nehmen, von guter Gesundheitsversorgung und sicherer Rente. Es ist Zeit, den Gürtel enger zu schnallen – während seine Regierung Hunderte von Milliarden in die Aufrüstung und in den Stellvertreterkrieg in der Ukraine pumpt, um Russland strategisch zu schwächen.

Die Kritik von Bundeskanzler Merz, der nicht nur ein Privatflugzeug besitzt, sondern zwei, an den deutschen Bürgern ist unverhohlen verächtlich. Der von Reichtum strotzende Kanzler rügt die einfachen Leute, weil die es sich angeblich zu gut gehen lassen, obwohl die Realität bei "denen da unten" ganz anders aussieht und viele zum Monatsende nicht mehr wissen, wie sie ihre immer teurer werdenden Rechnungen bezahlen sollen.

Statt über Personalmangel in Krankenhäusern und Schulen oder Burn-out in Schlüsselbranchen zu sprechen, wettet er gegen Krankentage: "Sind wir wirklich so eine kranke Nation?" Die hohe Fehlzeitenquote sei kein Symptom eines überlasteten Systems, sondern ein moralisches Versagen der Bevölkerung, die die Arbeit nicht mehr ernst nehme. In einem Land mit alternder Belegschaft und maroder Infrastruktur erklärt Merz die Opfer seines Systems zu Tätern.

Seine Vorschläge – Rentenreform, Gesundheitsreform, Steuerreform – sind nichts anderes als Codewörter für Sozialabbau. Der Begriff "Reform" hat eine neue Bedeutung bekommen. Er steht nicht mehr dafür, etwas besser und effizienter zu machen. Gefragt, was sie unter Reform versteht, antwortete mir eine 13-jährige Schülerin: "Wenn man einem was wegnimmt." Das kluge Kind hat bereits besser verstanden als viele Erwachsene, worum es trotz der schönen Phrasen tatsächlich geht.

Die Rente soll künftig nicht mehr am biologischen Alter, sondern an "Beitragsjahren" hängen. Wer körperlich kaputt ist, soll eben bis zum Umfallen arbeiten. Gleichzeitig bereitete die schwarz-rote Koalition den größten Rüstungshaushalt der Nachkriegsgeschichte vor: Die Verteidigungsausgaben sollen von 82 Milliarden Euro auf fast 180 Milliarden Euro im Jahr 2030 steigen. Nahezu jeder dritte Euro des Bundeshaushalts soll dann direkt in die Kriegstüchtigkeit gegen die Russen fließen, ein Begriff, den sich Boris Pistorius aus dem Wortschatz des Obernazis, Reichspropagandaministers Dr. Joseph Goebbels, entliehen hat.



von Rainer Rupp

Im Bundestag und in Fernsehinterviews forderte Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), Deutschland müsse wieder „kriegstüchtig“ und „wehrhaft“ werden. Dafür müsse die Bundeswehr sowie die Gesellschaft als Ganzes wieder entsprechend aufgestellt werden. Im Eifer der neuen „Zeitenwende“ in Richtung Krieg bediente er sich sogar am Sprachschatz des einstigen Propagandaministers der Nazi-Diktatur der vor und während des Zweiten Weltkriegs ständig die „Kriegstüchtigkeit“ und die „Wehrhaftigkeit“ des deutschen Volkes beschworen hatte. So erschien z.B. am 9. Juli 1944, als die Niederlage der Wehrmacht bereits nicht mehr aufzuhalten war, auf der Titelseite der

Nazi-Wochenzeitung „Das Reich“ ein Leitartikel aus der Feder von Dr. Joseph Goebbels mit der Schlagzeile „Kriegstüchtig wie nur je“. Darin beschwört er die „Kriegstüchtigkeit“ Deutschlands und verlangt, alle Kräfte der „Nation“ (Gesellschaft) für den „Sieg“ gegen Russland zu mobilisieren. Sind diese auffälligen Parallelen zu heute rein zufällig? Verfolgt die herrschende Klasse heute wieder ähnliche Ziele gegen Russland? Ende 2023 veröffentlichten Pistorius und der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2023, die laut Kritikern als Blaupause für einen „totalen Krieg“ gesehen werden könnten. In diese Richtung würde auch die Nationale Sicher-

heitsstrategie weisen, die bereits im Juni 2023 veröffentlicht wurde. Alle Bereiche der Gesellschaft sollen wieder auf Krieg ausgerichtet werden. Deutsche Soldaten und Zivilisten sollen wieder ideologisch darauf vorbereitet werden, für „unsere Demokratie“, also für die geopolitischen Interessen der herrschenden Eliten, zu sterben. „Unsere Wehrhaftigkeit erfordert eine kriegstüchtige Bundeswehr“, heißt es gleich im ersten Abschnitt des Papiers. Das bedeute, „dass ihr Personal und ihre Ausstattung auf die Wahrnehmung ihrer fordernden Aufträge ausgerichtet sind“. Maßstab hierfür sei „jederzeit die Bereitschaft zum Kampf mit dem Anspruch auf Erfolg im hochintensiven Gefecht“. „Hochintensiv“ ist ein



Codewort für massenhafte Verluste! Weiter heißt es im Text, dass „wir“ die Auseinandersetzung mit einem „mindestens ebenbürtigen Gegner ... nicht nur gewinnen wollen, sondern wir müssen“. Ein weiteres zentrales Ziel lautet: „Kriegstüchtigkeit als Handlungsmaxime.“ Deutschland brauche „Soldatinnen und Soldaten, die den Willen haben, unter bewusster Inkaufnahme der Gefahr für Leib und Leben das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Das sagt alles.

Im Zweiten Weltkrieg legte die herrschende Klasse Deutschlands Europa in Schutt und Asche.

Seither hatte es kein Politiker mehr gewagt, so offen über Krieg, Sieg und Tod auf dem Schlachtfeld zu sprechen wie jetzt Pistorius und Co. Da passt dazu, dass die aktuelle Bundesregierung unter Merz Deutschland wieder zur führenden europäischen Militärmacht hochzurüsten will. Lautet das Motto jetzt: Nie wieder Krieg ohne uns?

1944 schrieb Propagandaminister Joseph Goebbels einen berüchtigten Artikel über "Kriegstüchtigkeit". Urheberrechtlich geschützt

Im Eifer der deutschen "Zeitenwende" in Richtung Krieg gegen Russland griff "Verteidigungsminister" Pistorius immer wieder auf den Sprachschatz der einstigen Nazi-Größen zurück, die vor und während des Zweiten Weltkriegs ständig die "Kriegsführung" und die "Wehrhaftigkeit" des deutschen Volkes beschworen hatten. So erschien zum Beispiel am 9. Juli 1944, als die Niederlage der Wehrmacht bereits nicht mehr aufzuhalten war, auf der Titelseite der Nazi-Wochenzeitung "Das Reich" ein Leitartikel aus der Feder von Goebbels mit der Schlagzeile "Kriegstüchtig wie nur je". Darin beschwört er die "Kriegsführung" Deutschlands und fordert, alle Kräfte der "Nation" (Gesellschaft) für den "Sieg" gegen Russland zu mobilisieren.

Natürlich sind diese auffälligen Parallelen rein zufällig. Nur ein böser Bube oder Verschwörungstheoretiker würde etwas anderes behaupten und unseren Verteidigungsminister Pistorius (SPD) ideell in die Nähe von Goebbels rücken. Zugleich wird in Desinformations-Medien, die die besonders wertvolle, ureigene Demokratie der CDU/CSU/SPD-Regierung delegitimieren wollen, auf eine andere angebliche Parallele zur Kriegspropaganda der Nazi-Diktatur verwiesen.

Diesmal steht Kanzler Merz im Fokus dieser erweiterten Angriffe, nur weil er erklärt hat, der Sozialstaat sei nicht mehr bezahlbar, während Schulen marode bleiben, Krankenhäuser unterbesetzt sind und die Pflege kollabiert. Des Kanzlers Priorität sei damit klar: Kanonen statt Butter, Panzer statt Bildung, Raketen statt Gesundheit. Dies wird dann auf böartige Weise zum Anlass genommen, um an einen berühmten Spruch eines weiteren Obernazis zu erinnern, nämlich an Hermann Göring aus dem Sommer 1936.

Mit den Worten "Kanonen machen uns stark, Butter macht uns nur fett", predigte der Nazi-Reichsmarschall damals in einer Radiosendung das genaue Gegenteil von "Schlaraffenland" zur Erreichung der Kriegstüchtigkeit. In seiner Rolle als von Hitler bestimmter Koordinator der Wirtschaft und Leiter der Luftwaffe nutzte Göring die Formulierung, um massive Militärausgaben und gleichzeitige Einbußen beim Lebensstandard der Bevölkerung zu rechtfertigen.

Der Satz "Waffen machen uns stark; Butter macht uns nur fett", wurde zu einem der berühmtesten Slogans des NS-Regimes und symbolisierte deren "Kanonen statt Butter"-Politik. Nach dem Krieg wurde der Slogan international verspottet als Sinnbild des Nazi-Militarismus.

Obwohl diese Parallelen zu aktuellen Entwicklungen in Deutschland rein zufällig sind und natürlich nichts mit der ideellen Gesinnung der Regierungsmitglieder der Bundesrepublik in Berlin zu tun haben, verweisen böartige Kommentare auf ein [Faktenblatt](#) der Informationsstelle Militarisierung, in dem Friedrich Merz mit dem Satz zitiert wird:

"Ich werde mich durch Worte wie Sozialabbau und Kahlschlag und was da alles kommt, nicht irritieren lassen. [...] Der Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, ist mit dem, was wir volkswirtschaftlich leisten, nicht mehr finanzierbar."

Dort wird auch ifo-Chef Clemens Fuest zitiert, der im Februar dieses Jahres noch deutlicher wurde als der Kanzler: *"Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter."*

Laut Verschwörungstheoretikern landauf, landab, wiederhole die Merz-Regierung damit exakt die Logik der NS-Kriegswirtschaft – nur diesmal unter dem Deckmantel von "Zeitenwende" und demokratischer "Kriegstüchtigkeit". Die Ära des "zu komfortablen Lebens", die Merz so sehr beklagt, sei in Wahrheit eine Epoche von Frieden, Wachstum und sozialer Stabilität gewesen. Jetzt solle der Staat seine Bürger nicht

mehr schützen, sondern fragen: "Was könnt ihr als Nächstes opfern?" Die Architektur des Arguments sei identisch mit der aus dem Dritten Reich: "Äußere Bedrohung rechtfertigt innere Austerität." Die Bevölkerung sei zu weich. Komfort sei Schwäche. Kranke seien verdächtig. Alte seien entbehrlich. Daher laute jetzt der Marschbefehl der neuen deutschen Realpolitik: "Kanonen statt Butter." Und wehe, jemand wagt, das beim Namen zu nennen.

Aktueller Nachtrag:

Laut eines Berichts der Schweizer *Neue Züricher Zeitung* vom Montag (5. Mai) denken in der CDU einige über einen Kanzlerwechsel nach. Hinter vorgehaltener Hand bezeichnen wirtschaftsnahe und konservative Abgeordnete der CDU Bundeskanzler Friedrich Merz als führungsschwach. Er lasse seine Reformpläne immer wieder von den Sozialdemokraten aufweichen. Die SPD habe außerordentlich viel Macht, weil Merz jede andere Koalitionsoption (was unausgesprochen für die AfD steht) ausgeschlossen habe. Die *Bild*-Zeitung berichtete über Spekulationen in der CDU, wonach der Kanzler im Parlament die Vertrauensfrage stellen solle

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.